



Kurfürstenbad bleibt geschlossen



Frankenbad wird geschlossen

Ratsmehrheit streicht Bad für Godesberg

Ohne, dass eine Konzeptstudie oder eine belastbare Kostenrechnung vorliegt, haben CDU, Grüne und FDP auf Vorschlag des CDU-OB beschlossen, durch die Stadtwerke ein neues Bad neben dem Heizkraftwerk-Süd am Rande Dottendorfs bauen zu lassen. Dafür wird das zentral gelegene Frankenbad spätestens mit Fertigstellung des Neubaus geschlossen werden. Das Kurfürstenbad, das bereits geschlossen ist, wird nicht mehr in stand gesetzt, obwohl der OB in seinem Wahlkampf versprochen hatte, dass es ebenfalls bis zu einem möglichen Neubau weiter betrieben werden sollte. Der Stadtbezirk Bad Godesberg ist damit auf Dauer ohne öffentliches Hallenbad. Die **BBB**-Fraktion hat sich erfolglos für den Erhalt eines Hallenbades in jedem Stadtbezirk und gegen den Kahlschlag in Bad Godesberg ausgesprochen. Die Godesberger CDU-Stadtverordneten haben dagegen ausnahmslos für die Schließung des Kurfürstenbades gestimmt.

Den für den Kahlschlag Verantwortlichen kann jeder bei der Landtagswahl am 14. Mai 2017 dafür die Rote Karte zeigen: CDU-Landtagskandidat Dr. Christos Katzidis hat an dieser Fehlentscheidung für Bad Godesberg entscheidend mitgewirkt und sich sogar gerühmt, damit endlich den gordischen Knoten durchschlagen zu haben. Auch das Provisorium, das die Ratsmehrheit für Bad Godesberg bis zur Fertigstellung des neuen Super-Bades neben dem Heizkraftwerk vorgesehen hat, ist für den **BBB** unzumutbar. Die Bad Godesberger und ihre Schulkinder sollen zum Schwimmen zunächst ein Jahr lang in den Rhein-Sieg-Kreis fahren und ab Herbst 2017 im Friesdorfer Freibad unter einer Traglufthalle Zuflucht finden. Auch hierfür sind die Investitions- und Folgekosten nur schlampig recherchiert. Der Finanzbedarf für diese Wegwerfinvestition, die im Frühjahr jeweils ab- und im Herbst wieder aufgebaut werden soll, wurde am 25. August noch mit 2 Mio. Euro angegeben, in der Beschlussvorlage für den Rat „nur“ noch mit 1,1 Mio. Euro. Die erhöhten Betriebskosten der Traglufthalle, die im Vergleich zu denen des Kurfürstenbades anfallen werden, ließ der OB ganz unter den Tisch fallen.

Zentralisierung Bürgerdienste wurden zu teurem Flopp: Statt 1,3 Mio. weniger 1 Mio. Mehrausgaben

Mit einer Zentralisierung der Bürgerdienste im Bonner Stadthaus und der weitgehenden Schließung der Bezirksrathäuser wollten CDU, Grüne und FDP auf Vorschlag von CDU-Stadtdirektor Wolfgang Fuchs jährlich 1,3 Mio. Euro einsparen. Für den **BBB** soll die Verwaltung bürgernah vor Ort arbeiten und nicht den Bürger zur Audienz ins Stadthaus rufen. Der **BBB** lehnte diese Verschlechterung der städtischen Dienstleistung für die Bürger der Stadtbezirke Bad Godesberg, Beuel und Hardtberg daher von vorne herein ab. Der für Pleiten, Pech und Pannen zuständige CDU-Stadtdirektor musste jetzt auf Nachfrage des **BBB** einräumen, dass er für die zentralisierte Bürgerbedienungs tatsächlich 36 Kräfte mehr einsetzt, als vor seiner Neu-Organisation beschäftigt waren. Für den städtischen Haushalt bedeutet dies jährlich mindestens 1 Mio. Euro mehr an Personalkosten. Statt der versprochenen Einsparungen und der behaupteten Verbesserung der Bürgerbedienungs hat CDU-Stadtdirektor Fuchs das genaue Gegenteil bewirkt.

OB und Koalition stehen dennoch hinter ihm in Treue fest, komme, was da auch künftig noch kommen wolle. Bonn hats ja. Nämlich 1.674.000.000 Euro Schulden (Stand 30.06.2016).

Steigende Langzeitarbeitslosenzahl in Bonn: Kollateralschaden falscher Wirtschaftsförderung

In Bonn steigt nach Mitteilung des OB die Anzahl der Langzeitarbeitslosen seit einigen Jahren kontinuierlich. Eine Anfrage des **BBB** ergab, dass etwa 60 % der Arbeitslosen in Bonn über keine am Arbeitsmarkt verwertbare Berufsausbildung verfügen. „Für Menschen ohne berufliche Qualifikation und mit längeren beschäftigungslosen Zeiten bietet der Arbeitsmarkt kaum Aufnahmefähigkeit“, so die Geschäftsführung des jobcenters Bonn. Dies ist nach Ansicht des **BBB**, die von der Industrie- und Handelskammer gestützt wird, auch Folge der Vernachlässigung des produzierenden Gewerbes durch die Bonner Wirtschaftsförderung. Der Anteil dieser Arbeitsplätze hat sich von nur 8,5 % in 2014 im letzten Jahr noch einmal auf 8,4 % reduziert.

So ist es nicht verwunderlich, dass sich die Gesamtausgaben der Stadt im Hartz-IV-Bereich von 74,8 Mio. (2010) auf 84,7 Mio. im Jahr 2015 erhöht haben. Dennoch hat der OB und seine Wirtschaftsförderung aus dieser Entwicklung im Sozialbereich nichts gelernt: Das Gewerbegebiet der Firma Miesen in Dottendorf z.B. wollte man für weitere Bürohäuser statt für Betriebsansiedlungen verwenden und die Bonner Magnetfabrik, ein wichtiges Spezialunternehmen, wird durch zusätzliche Wohnbebauung in der Nachbarschaft in seiner Existenz gefährdet.

Machtwort der Denkmalpflege:

Almhütte gestrichen



In den städtischen Ausschüssen stemmte sich der **BBB** allein gegen die Pläne des neuen Erbpächters des Rheinland-Pfalz-Pavillons, dort als Fremdkörper eine „Almhütte“ zu errichten. Der **BBB** bezeichnete diese von den übrigen Fraktionen akzeptierte Planung schlicht als Verunstaltung. Da die gesamte Rheinaue unter Denkmalschutz steht, griff die Landeskonservatorin ein, lehnte die Almhütte ab und einigte sich mit dem Investor ganz im Sinn des **BBB** darauf, eine Erweiterung in konsequenter Weiterentwicklung der bestehenden Architektur vorzunehmen.

Bundesstadt ohne Wertschätzung:

Jubiläen der Bonner Bundesministerien auf Schmalspur

Ihre Geringschätzung für den ersten Standort ihrer Ministerien in Bonn haben zwei Bundesministerinnen auf unterschiedliche Weise dokumentiert.

SPD-Umweltministerin Barbara Hendricks lud zur Feier des 30. Gründungstages ihres Umweltministeriums nicht nach Bonn, sondern gleich nach Berlin ein. CDU-Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ließ zwar das Bestehen des Verteidigungsministeriums seit 60 Jahren auf der Hardthöhe feiern, kam aber auch nicht nach Bonn und ließ ihre Mitarbeiter unter sich.

Für den **BBB** zeigt dies erneut, wie wenig die amtierende Bundesregierung die Bundesstadt Bonn tatsächlich schätzt. Es scheint, als würde Bonn vom Berliner Polit-Establishment schon schrittweise aufs Abstellgleis gesetzt.

BBB: So darf es nicht weitergehen:

Täglicher Flächenfraß in Bonn

Nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes vom 04.10.2016 sind im Bonner Stadtgebiet seit 2004 täglich 318 m² Freifläche in Siedlungs- und Verkehrsflächen umgewandelt worden.

Intendantenverträge:

OB mit Gedächtnislücken

Am 30. Juni 2016 sagte OB Sridharan im Rat bei der Behandlung der Verträge für den Theaterintendanten und den neuen Generalmusikdirektor, dass ein Termin für deren Unterzeichnung noch nicht vereinbart sei. Tags darauf freilich traf sich der OB mit Helmich und Kaftan pressewirksam zur feierlichen Unterzeichnung.

Der neue GMD, der zur Vertragsunterzeichnung mit seiner Familie aus Graz anreiste, dürfte sich wohl kaum ohne eine langfristige Terminabsprache mit dem OB auf den Weg nach Bonn gemacht haben. Auf Nachfragen, wie es zu dieser falschen Unterrichtung des Rates kommen konnte, gab es im September nur Ausflüchte vom OB. Es gibt wohl inzwischen zu viel „Chefsachen“, um die sich der Ärmste persönlich kümmern muss.

Staatliche Geldverschwendung:

Uni-Tiefgarage für mindestens sechs Jahre dicht



Frühestens Ende 2018 wird die Uni-Garage saniert sein und auch für Besucher der Innenstadt wieder Parkraum bieten. Damit wäre diese innerstädtische Tiefgarage, die zum 31. Dezember 2012 wegen Bauschäden geschlossen worden war, sechs Jahre außer Betrieb und ohne Einnahmen. Nur ein staatlicher Betreiber kann sich das leisten. Auf **BBB**-Initiative war vor Jahresfrist der OB beauftragt worden, in Gesprächen mit Uni und Land alles zu versuchen, um die Garage unter dem Hofgarten schnellstmöglich wieder zur Verfügung zu stellen. Auf Nachfrage des **BBB** stellte sich jetzt heraus, dass die Verwaltung den einstimmigen Beschluss nicht konsequent umgesetzt hat.

Dem ist Nichts hinzuzufügen:

„Es mangelt in Bonn eindeutig an politischem Willen und an organisatorischem Verwaltungsgeschick.“

Kathrin Werres in ihrem Leserbrief an den Bonner General-Anzeiger vom 12.07.2016

Abgeordnetenhäuser:

Kosten, aber keine Einnahmen



Offensichtlich besteht zwischen dem Bauherrn, dem Städtischen Gebäudemanagement (SGB), und dem Projektsteuerer Ernst & Young (EY) keine Abstimmung hinsichtlich der Kostenberechnung. Während der Projektsteuerer zum 29.07.2016 von rd. 7,4 Mio. Euro Ausgaben für die denkmalgerechte Sanierung der Abgeordnetenhäuser ausgeht, hat das SGB zum 30.06.2016 Gesamtkosten von ca. 7,23 Mio. Euro ermittelt. Was unstrittig ist: Auch ein Jahr nach Bezugsfertigkeit gab es immer noch keine Mieter für zwei der edelsanierten Häuser. Den jährlichen Fixkosten von knapp 519.000 Euro standen so keine Einnahmen entgegen. Bonn hats ja.

Vom Regen in die Traufe:

1.000 m²-Vordach für WCCB

Jeder private Häuslebauer oder Eigenheimbesitzer denkt daran: Ein Vordach soll über dem Eingang vor Regen schützen. Anders beim WCCB, da sind die Planer offensichtlich von 365 Tagen Sonnenschein ausgegangen. Deshalb muss nun nachträglich der Platz der Vereinten Nationen vor dem Haupteingang des Neubaus des Kongresszentrums mit einem 1.000 m² großen „Dächlein“ gegen Regen geschützt werden. Allein für den Architektenauftrag werden 215.000 Euro fällig. Die Kosten für das Dach selbst werden vorsichtig mit 1,4 Mio. Euro netto angegeben. Ob es gelingt, die Maßnahme in der Sommerpause 2017 ohne Störung des Kongressbetriebes tatsächlich umzusetzen, bleibt abzuwarten. Auch hier zeigt sich wieder, wie nachlässig die Stadt die Planungen des koreanischen Investors kontrolliert hat.

WCCB-Erbe OB Dieckmann

Bisherige Kosten für die Stadt Bonn: **187,62 Mio. Euro**
davon Rechtsschutz für städt. Mitarbeiter: **1,24 Mio. Euro**